

## Digital ist überall – Netzpolitik als Querschnittsaufgabe begreifen

von *Petra Sitte*, zuerst erschienen im Dezember 2010 im Heft Nr. 52 von „Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie“

Das Internet und damit die modernen, netzbasierten Kommunikations- und Arbeitsmittel sind längst mehr als eine Frage klassischer Medienpolitik. Die digitale Gesellschaft ist Realität, das zeigen nicht nur die Veröffentlichungen der Whistleblower Wikileaks zu den Kriegen in Afghanistan und im Irak oder den diplomatischen Depeschen der USA.

Ähnlich wie der Buchdruck verändert die internetbasierte Informations- und Kommunikationswelt nicht nur die Art und Weise, wie wir Medien im breiten Sinne nutzen, sondern auch die Ökonomie sowie den Alltag der Gesellschaft tief greifend. Angefangen bei der Bedeutung, die alleine Emails in modernen Arbeitsprozessen haben, über wachsende staatliche Kontrolle des Individuums durch zentralisierte Datenbanken und elektronische Ausweisdokumente, über die Informations- und Konsumkanäle die das Internet bietet, hin zu den partizipativen Kommunikations- und Vernetzungstools von Online-Netzwerken, der globalen publizistischen Relevanz von Blogs und Microbloggingdiensten wie Twitter:

Die Digitalisierung der Welt ist längst im Gange.

Dabei ist sie nicht allein beschränkt auf eine kleine Informationselite in den Industrienationen. Die Digitalisierung rührt an Zensurpolitik diktatorischer Regime, bestimmt Arbeitsverhältnisse auch dort, wo die Massenproduktion der internetfähigen Endgeräte vom Computer über Smartphones, Spielkonsolen und digitalen Musikabspielgeräten stattfindet und beeinflusst global Konflikte um Ressourcen.

Das Internet ist konstituierender Bestandteil unserer Gesellschaft. 72 Prozent aller über 14-jährigen Einwohner der Bundesrepublik sind heute online, in der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen ist das Internet mit einer Nutzungsrate von 95,8 Prozent praktisch allgegenwärtig. In der Generation 50plus nutzt annähernd die Hälfte das Internet, die größte Zuwachsrate bei der Netznutzung war im vergangenen Jahr bei 60- bis 69-Jährigen zu verzeichnen.<sup>1</sup> Gleichzeitig vergrößert sich die digitale Spaltung. Zwar schrumpft die Zahl derjenigen, die das Internet in keinsten Weise nutzen. Diese Personengruppe aber verfügt über immer weniger Kompetenzen und Wissens zu digitalen Themen. Einer aktuellen Umfrage zufolge sind diese digitalen Außenseiter vorwiegend weiblich, verfügen nur über eine geringe formale Bildung, sind vorwiegend nicht berufstätig, haben ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen und sind im Durchschnitt fast 65 Jahre alt.<sup>2</sup>

Die Digitalisierung weiter gesellschaftlicher Kommunikationsstrukturen muss wie andere Technologiesprünge in der Geschichte auch als Querschnittsprozess betrachtet werden. Dieser zieht Fragen nach der politischen Gestaltung aus linker Perspektive nach sich – nicht zuletzt zur sozialen Frage.

---

<sup>1</sup> Zahlen zitiert aus dem (N)ONLINER Atlas der Initiative D21, einem Zusammenschluss von rund 200 Wirtschaftsunternehmen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen: <http://www.initiaved21.de/nonliner-atlas/zentralen-ergebnisse-noa2010> (Abruf am 03.12.2010).

<sup>2</sup> Vgl. die Studie zur digitalen Gesellschaft der Initiative D21: [http://www.initiaved21.de/wp-content/uploads/2010/12/Digitale\\_Gesellschaft\\_2010.pdf](http://www.initiaved21.de/wp-content/uploads/2010/12/Digitale_Gesellschaft_2010.pdf) (Abruf am 03.12.2010).

Der Bundestag hat Anfang 2010 eine Enquetekommission mit dem Namen „Internet und Digitale Gesellschaft“ ins Leben gerufen, um zu genau diesen Aspekten längerfristige politische Perspektiven zu bestimmen.

KritikerInnen monieren, dass solche Kommissionen vor allem zur Beschäftigung der ParlamentarierInnen dienen, um sie vom Tagesgeschäft abzulenken. Die Termin- und Aufgabendichte der Internet-Enquete, die zusätzlich zur normalen Parlamentsarbeit hinzukommt, passt genauso zu dieser Kritik wie auch der Umstand, dass die Regierungsfractionen immer wieder versuchen, tagespolitisch relevante Entscheidungen der Netzpolitik aus der auf die mittelfristige Zukunft ausgelegte Enquetearbeit herauszuhalten.

Gleichwohl bietet ein solch umfassender Zugang zu einem offensichtlich zukunftsrelevanten und bedeutenden gesellschaftlichen Wandel, die Chance, die eigenen politischen Positionen mit den Umwälzungen abzugleichen und Positionen zum digitalen Wandel zu entwickeln.

### **Netzneutralität, Netzzugang und Netzstruktur**

Netzneutralität als politische Zielvorstellung meint zum einen, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle Angebote und Möglichkeiten des Internet in vollem Umfang nutzen können. Außerdem müssen alle Datenströme gleich und diskriminierungsfrei behandelt werden. Dieses sind die Voraussetzungen für ein freies und demokratisches Internet, in dem sich die Nutzerinnen und Nutzer als Sender und Empfänger uneingeschränkt entfalten – sie nicht als bloße Konsumenten, sondern als gleichberechtigte Teilhaber im Netz behandelt werden.

Was sich in der Theorie schlüssig anhört, stößt in der Realität des existierenden und kommenden Internets auf Probleme.

Die großen Internetprovider, etwa die Telekom, behaupten gern, dass die technische Infrastruktur mit den rasant wachsenden Datenströmen, die insbesondere Live- und Bewegtbilder erzeugen, schwerlich Schritt halten kann und somit ohne Netzwerkmanagement Kapazitätsengpässe im Netz entstehen. Deshalb werden Priorisierungen von bestimmten Datenklassen gefordert. Allerdings gibt es bisher keine belastbaren Zahlen, die auf Engpässe hinweisen. Im Gegenteil scheint es kein Problem zu sein, die Rechenzentren, in denen die großen Knotenpunkte des Netzes zusammenlaufen, entsprechend des Datenzuwachses nachzurüsten. Auch auf der sogenannten letzten Meile hin zu den EndnutzerInnen können moderne Glasfaserkabel ein bis zu 60.000-fach<sup>3</sup> größere Datenmenge transportieren als herkömmliche Datenkabel. Der Ausbau eines solchen Breitbandnetzes ist keine Frage technischer Machbarkeit, sondern eine Frage politischen Willens.

Im Funkbereich sind die technischen Grenzen enger. Und unabhängig von der Bandbreite kann ein Netz, dass alle Daten ohne Ansicht deren Beschaffenheit nach dem Best-Effort-Prinzip gleich behandelt, bei Anwendungen wie auch der recht datensparsamen Telefonie, die auf einer Direktübertragung beruhen, schnell zu Problemen führen. Derlei Daten müssen verzögerungsfrei und sukzessive übertragen werden, damit die Anwendungen funktionieren. Bei einer Email oder beim Aufbau einer Homepage ist es dagegen nicht von Belang, welche

---

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.heise.de/ct/artikel/Bastelei-am-Netzanschluss-1074632.html> (Abruf am 06.12.2010)

Teile der Information zuerst ankommen oder in welcher Reihenfolge diese bei den NutzerInnen eintreffen.

Wie viel Netzwerkmanagement künftig in welcher Form nötig sein wird, wie detailliert wer beim Netzwerkmanagement Daten überprüfen darf, sind hier die großen Fragen. Die Netzbetreiber, die immer mehr auch eigene Inhalte anbieten, wollen gerade Ihren Produkten Vorrang in der Netzübertragung einräumen. Gleichzeitig ließen sich so noch mehr als heute bei den nach Bandbreitenangebot gestaffelten Anschlusspreisen Premiumnetzzugänge verkaufen.

Die Grundvoraussetzungen des Netzes bestehen in seiner verteilten, zentrumslosen Struktur und einer paketvermittelten, gleichberechtigten Steuerung. Es sollte weder einen einzigen Eigentümer noch eine zentrale Leitung haben. Diese Grundlagen eines Systems der offenen Informationsbereitstellung garantieren seinen fortbestehenden Erfolg und seine innovative Dynamik. Sie sind die Basis für einen demokratischen Charakter des Netzes. Ein egalitärer Zugang zum Netz ist entsprechend auch technisch zu sichern. Ein wichtiges Mittel ist hierbei die saubere Trennung von Netzbetrieb und Inhaltsdienste-Angebot. Die Sicherung eines diskriminierungsfreien Zugangs zur Netzinfrastruktur ist wie die Versorgung mit Wasser und Strom eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Weil aber derzeit vor allem Markt- und Anbieterinteressen maßgeblich sind, belegen zum Beispiel die ostdeutschen Flächenländer die letzten Plätze in der Nutzung des Internets. Auch hängen Einkommen und Nutzungsverhalten deutlich zusammen. 92 Prozent aller Menschen, die in Haushalten mit einem monatlichen Haushaltseinkommen über 3000 Euro leben, nutzen regelmäßig das Internet, aber nur knapp über 50 Prozent bei einem Haushaltseinkommen von weniger als 1000 Euro. Hier besteht ein genuiner Anknüpfungspunkt für linke Politik, die stets die Interessen sozial Benachteiligter im Blick haben muss.

Mit dem Ansatz, für ein freies und partizipatives Netz für alle einzustehen, muss es hier Ziel linker Politik sein, dass das Netz nicht zu einem zweiten Fernsehen verkommt, bei dem privatwirtschaftliches Profitinteresse Entertainment vor Information und Konsum statt Teilhabe setzt. Einer Zwei- oder Mehr-Klassen-Informationsgesellschaft gilt es mit aller Kraft entgegenzutreten. Eine Grundversorgung mit lebensnotwendigen Leistungen muss auch einen gesicherten und für sozial Schwache leistbaren Zugang zu den Informations-, Kommunikations- und Teilhabemöglichkeiten des Internet beinhalten. Ein gleichberechtigter Zugang aller Menschen, ob arm oder reich, ob in der Stadt oder auf dem Land muss erreicht werden. Letzteres bedingt den Einsatz für eine flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen und für alle sozial wie gesellschaftlich Benachteiligten.

Ein solcher Breitbandausbau durch die Privatwirtschaft scheitert an den geringen Profitchancen. Analog zu den Debatten um das Versagen der Privatisierung anderer Netzstrukturen wie dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr, der Strom- oder Wasserversorgung muss darüber nachgedacht werden, den Ausbau der technischen Infrastruktur des Internets durch die Gesellschaft voranzutreiben. Kommunale Initiativen zum Netzausbau im ländlichen Raum sollten deshalb aus linker Sicht ebenso unterstützt werden wie beispielsweise Freifunk-Initiativen, die durch freie öffentliche WLAN- oder mobile Netze eine für den Nutzer weitgehend kostenfreie Netz-Grundversorgung sichern. Ebenso gilt es, Standards für einen barrierefreien Zugang zu entwickeln und durchzusetzen.

Bei all diesen Überlegungen darf nicht vergessen werden, dass das Internet nicht an nationalen Grenzen Halt macht, es also globaler Lösungen bedarf. Eine Regulierung darf nicht in den Bahnen althergebrachter Machtstrukturen geschehen sondern muss die Teilhabe zivilgesellschaftlicher Stakeholder einbeziehen und so das partizipative und emanzipatorische Potential des Netzes aufnehmen.

## **Demokratie und Staat**

Das eben beschriebene Potential verändert die Einflussmöglichkeiten der Einzelnen innerhalb der Gesellschaft. Zunehmend schwindet die Hegemonie alter Massenmedien über das, was wir lernen und wissen, worüber wir reden und was wir meinen sollten. Die schnelle Vernetzung und Informationsweitergabe, insbesondere auch aus Quellen jenseits des Mainstreams bieten nicht erst mit den eingangs erwähnten Wikileaks-Enthüllungen den Nährboden für Gegenöffentlichkeiten.

Erstes, im Umfeld der Globalisierungskritik entstandenes Beispiel ist Indymedia, ein globales Netzwerk von unabhängigen Medienaktivisten und Journalisten. Die Bedeutung von Twitter-Nachrichten als Informationsquellen aus dem Iran während der sogenannten grünen Revolution Mitte 2009<sup>4</sup> wurde allgemein erkannt und betont. Neue, spontane Protestformen wie Flashmobs funktionieren insbesondere durch die Mobilisierung über das Netz. Der ohne große Verbandsunterstützung organisierte Protest gegen Netzsperrungen im Rahmen eines durch die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen angestoßenen Zugangserschwerungsgesetzes, dessen Kern eine von über 130.000 Menschen unterschriebene Online-Petition beim Deutschen Bundestag war, zeigte 2009, wie wirkmächtig Onlinepartizipation sein kann. Dass dies nicht nur bei netzaffinen Themen funktioniert, ist an der Online-Petition des deutschen Hebammenverbands vom Mai 2010 gegen steigende Haftpflichtprämien und für bessere Bezahlung zu sehen, die binnen weniger Wochen über 185.000 Unterschriften erhielt.

Demokratische Chancen der digitalen Vernetzung müssen angenommen und gestärkt werden. Dabei sollte nicht nur an Protestformen gedacht werden. Das Prinzip der Graswurzelbewegung kann über Initiativen unter den Stichworten „Open Government“ und „E-Demokratie“ auch zu anderen neuen Formen politischer Beteiligung und Entscheidungsfindung führen. Erfolgreiche linke Projekte wie etwa auf kommunaler Ebene umgesetzte Bürgerhaushalte nutzen schon jetzt digitale Kommunikations- und Informationsmedien. Auch Konzepte wie „Open Data“, der allgemein freie Zugang zu öffentlichen Daten wie Archivdaten, Parlamentsvorgängen oder Rechtstexten, verringern die Kluft zwischen politischer Mandatselite und BürgerInnen. Onlinebasierte Diskussions- und Abstimmungsprozesse ermöglichen mehr Transparenz von und Beteiligung an politischen Entscheidungen.

---

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,630519,00.html> (Abruf am 06.12.2010)

## Wirtschaft, Arbeit, Green IT

Die Digital- und Kreativwirtschaft zählt zu den am schnellsten wachsenden Branchen in Deutschland und Europa. Die Zahl der Erwerbstätigen allein in der Kreativwirtschaft in den letzten Jahren wächst kontinuierlich und hat mittlerweile die Millionenmarke überschritten. Selbst die Wirtschaftskrise konnte der Kultur- und Kreativwirtschaft nur wenig anhaben. Ihr Umsatz ging zwar von 2008 auf 2009 zurück, jedoch nur 3,5%, während die Gesamtwirtschaft im selben Zeitraum 8,5% einbüßte. Im Jahr 2009 lag der Umsatzanteil der Kultur- und Kreativwirtschaft an der Gesamtwirtschaft über den der Chemieindustrie. Und anders als etwa bei der Autoindustrie, wo 97% des Umsatzes von einer Handvoll Großunternehmen erzielt werden, zeichnen bei den Kreativschaffenden die Kleinunternehmer für einen Großteil des Branchenumsatzes verantwortlich.<sup>5</sup>

Die Beschäftigungsverhältnisse allerdings sind oft prekär. Lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, mangelnde Aufstiegschancen und geringe Jobsicherheit gehören zum Alltag. Ein nicht unbedeutender Teil dieser Arbeit wird von Freiberuflern und Soloselbstständigen erbracht. Von vereinzelten Versuchen abgesehen, bestehen derzeit keine funktionierenden und angemessenen Organisations- und Interessensvertretungen der Betroffenen. Schlechte Bezahlung ist nicht das Resultat einer immer wieder behaupteten Umsonst-Mentalität der digitalen Gesellschaft, sondern mangelnder Verhandlungsmacht der Kreativen. Insofern gerade Kreative oft als Freiberufler tätig sind und folglich keinen tarifrechtlichen Schutz genießen, können sie sich in individuellen Vertragsverhandlungen gegenüber großen Konzernen nur unzulänglich behaupten. Neben den Kreativen ist von schlechter Bezahlung und prekärer Beschäftigung auch ein Informationsproletariat in der Games-Industrie, der Film- und Fernsehproduktion sowie in weiteren Branchen erfasst. Hinzuzuzählen sind ebenfalls die Beschäftigten in einer großen Zahl von Callcentern, die – oft outgesourct an Dienstleister in Gegenden mit besonders niedrigem Lohnniveau mit digitaler Technik den Kundenkontakt für andere Firmen übernehmen. Hier muss linke Politik dafür sorgen, dass auch diese Arbeitnehmer schlagkräftig ihre Rechte gegenüber der Industrie einfordern können.

Die Infrastruktur der digitalen Gesellschaft vom digitalen Versandhandel über die permanente Anbindung an das Internet bis hin zu netzbasierten Produktionsdienstleistungen verbraucht große Mengen Energie und wird damit zu einem CO<sub>2</sub>-Emittenten ernstzunehmender Dimension. Die rasant wachsende Kommunikationsbranche hat erhebliche Auswirkungen auf weltweite Produktionsstandards, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und die vom Menschen verursachte Erderwärmung. Rechtliche Regelungen für die Branche müssen schnellstmöglich sicherstellen, dass in der gesamten Wertschöpfungskette die Zunahme des Energie- und Rohstoffverbrauchs gebremst, aber auch Sozialstandards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesichert werden.

Das Internet ist nicht nur ein globaler Kommunikations- und Handelsraum. Auch die für die weltweite Vernetzung notwendige Technik, muss unter einem globalen Blick betrachtet werden. Digitale Hardware wird in der Regel in Weltregionen produziert, in denen kein ausreichender Arbeitsschutz, keine Rechte für ArbeitnehmerInnen und unzureichende

---

<sup>5</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft 2009, Kurzfassung, Stand Juli 2010 (Forschungsbericht 589), Text und Redaktion: Michael Söndermann, Büro für Kulturwirtschaftsforschung, Köln. <http://www.kultur-kreativwirtschaft.de/Dateien/KuK/PDF/doku-589-monitoring-zu-ausgewaehlten-wirtschaftlichen-eckdaten-2009.property=pdf.bereich=kuk.sprache=de.rwb=true.pdf> (Aufruf am 06.12.2010)

Bezahlung bestehen. Solche Ausbeutungsbedingungen müssen benannt und bekämpft werden. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Ausbeutung und Aneignung stofflicher Rohstoffe für die Produktion digitaler Hardware. Augenscheinlichstes Problem ist aktuell das Fördermonopol Chinas bei seltenen Erden. Obwohl China über lediglich rund 36% der weltweit nachgewiesenen und förderbaren Reserven verfügt und in Kanada, Grönland, den USA, Russland oder auch Australien große Vorkommen existieren, bleibt die digitale Weltwirtschaft aufgrund des chinesischen Vorsprungs im Know-How (zu dem in der Regel keine ArbeitnehmerInnenrechte oder Umweltschutzmaßnahmen gehören) von der Rohstoff- und Außenhandelspolitik des Peking Regimes abhängig.<sup>6</sup> Andere Rohstoffe, die für die Produktion digitaler Hardware notwendig sind, wie beispielsweise das Metall Tantal erweisen sich als Spielmasse in kriegerischen Auseinandersetzungen.<sup>7</sup>

## **Open Source, Bildung und Forschung**

Aus den kollaborativen Möglichkeiten des Internets ist bei der Entwicklung von Software, die Idee der Open-Source entstanden und umgesetzt worden. Open Source erfüllt folgende Kriterien: 1. Die Software (d.h. der Quelltext) liegt in einer für den Menschen lesbaren und verständlichen Form vor. 2. Die Software darf beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden. 3. Die Software darf verändert und in der veränderten Form weitergegeben werden. Open Source ermöglicht es potentiell allen, an der Weiterentwicklung mitzuarbeiten, die Funktionsweise ist transparent und die Nutzung erfolgt nicht nach eigenmächtiger Maßgabe der UrheberInnen. Die Nutzung von Open Source Anwendungen ermöglicht eine besondere Unabhängigkeit von den Anwendungsproduzenten, die beispielsweise im Einsatz in der öffentlichen Verwaltung Abhängigkeiten des Gemeinwesens von einzelnen privatwirtschaftlichen Quasimonopolisten auf dem Softwaremarkt auflöst. Die Aspekte der breiten Beteiligung an der (Weiter-)Entwicklung, der Transparenz und der Unabhängigkeit machen deutlich, dass die Förderung von Open Source-Initiativen Teil linker Politik sein sollte.

Analog zu Open Source gibt es im Bereich der Wissensproduktion das Open Access-Modell, dass (unter Verweis auf den jeweiligen Ursprung) vorsieht, das Wissen beliebig kopiert, verbreitet und genutzt, verändert und in der veränderten Form weitergegeben werden darf. Die Digitalisierung erlaubt es, ortsunabhängig auf Wissen zuzugreifen, das vormals in physikalischen Archiven und Bibliotheken verwahrt wurde und aufgrund der Bindung an physikalische Werkträger nur beschränkt zugänglich war.

In der Realität des deutschen Wissenschaftsbetriebs sieht es größtenteils leider anders aus. Durch öffentliche Mittel finanzierte Wissenschaftsergebnisse werden bei Zahlung von Druckkostenzuschüssen (in die in der Regel öffentliche Mittel fließen) und oft druckreif abgeliefert von privatwirtschaftlichen Verlagen publiziert. Diese gedruckten Publikationen werden dann von den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bibliotheken der Wissenschaftseinrichtungen erworben. Für eine digitale Vollversion oder das Recht auf Digitalisierung, sei es auch auf die NutzerInnen der jeweiligen Forschungseinrichtung beschränkt, fallen, wenn dies überhaupt ermöglicht oder erlaubt wird, weitere Gebühren an den privatwirtschaftlichen Verlag an. Hier gilt es, gerade weil diese Form der Wissensproduktion ihre materielle Absicherung in aller Regel nicht im Verkauf dieses

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33651/1.html> (Abruf am 06.12.2010)

<sup>7</sup> Vgl. dazu <http://www.dradio.de/aktuell/1252122/> (Abruf am 06.12.2010)

Wissens sondern in der öffentlichen Alimentierung findet, im Sinne des Gemeinwohls entgegenszusteuern und Open Access-Modelle zu etablieren, um die Entwicklung einer Wissensallmende voranzutreiben.

## **Urheberrecht**

Das geltende Urheberrecht steckt in einer Krise. Viele der eigentlichen UrheberInnen profitieren von der geltenden Rechtslage nicht. Sie führt vielfach dazu, dass Verlage und andere Verwerter ihnen alle Rechte abkaufen (Total-Buy-Out) – oft zu Preisen, die ein tragfähiges Auskommen nicht ermöglichen. Ferner wächst durch die Digitalisierung die Dimension des nicht kommerziellen Werkschaffens und Publizierens rasant. Dabei erstarken auch Formen kollaborativer und kollektiver Kreativität. Entstanden ist eine Kultur von Remixes und Mash-ups, Musikstücke und Filme werden neu kombiniert. Oft steht dieser partizipativen Nutzung des Webs das geltende Urheberrecht im Weg, da es die Wiederverwertung bereits veröffentlichter Werke wenn überhaupt nur mit strengen und meist teuren Einschränkungen erlaubt. Die hierbei, zu allermeist im Unwissen über die Details der komplizierten Rechtslage auftretenden Urheberrechtsverletzungen haben zum Entstehen einer hochprofitablen Abmahnindustrie geführt, die vor allem nichtkommerzielle Publikationen immer wieder vor erhebliche finanzielle Risiken stellt.

Nicht zuletzt klagen die industriellen Verwerter von kreativen Werken, dass ihr Geschäftsmodell durch illegalen Download urheberrechtlich geschützter Werke in Gefahr gerät. Zwar zeigen Geschäftsdaten vor allem der Musikindustrie, dass sich die unbestreitbaren Umsatzverluste im Verkauf von Werkträgern durch andere Einnahmequellen wie Liveauftritte, Limitierte Sondereditionen oder Merchandise mindestens egalisieren lassen, doch ob sich dies auf andere Branchen übertragen lässt, bleibt fraglich.

Digitale Technologien bieten die Möglichkeit, Werke deutlich kostengünstiger und unabhängig von Verwertungsindustrien zu publizieren. Die Produktionsmittel können weitgehend in die Hände der Urheberinnen und Urheber gelegt werden. Gleichzeitig schwindet die Möglichkeit, über die Vervielfältigung der Werke in Form physikalischer Werkträger Erlöse zu erzielen. Denn im Gegensatz zu traditionellen stofflichen Gütern ist ein informationelles Gut in der digitalen Gesellschaft nie knapp. Die Konsumtion des Originals erzeugt eine Kopie, die dem Original ebenbürtig ist und neben diesem weiter besteht und weitergegeben werden kann. Diese Entknappung von Wissen und Information ist aus der Perspektive des Gemeinwohls von großem Vorteil, ermöglicht sie doch breiten und ungehinderten Zugang zu diesen immateriellen Gütern und damit am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Wer diese emanzipatorische Kreativität auch im nicht- und semiprofessionellen Bereich fördern möchte, muss eine grundsätzliche Reform des geltenden Urheberrechts erwägen.

Bei den oben problematisierten Abmahnungen bedarf es nicht nur einer gesetzlichen Bagatellgrenze, sondern auch einer im Alltag wirksamen und durchsetzungsfesten Höchstgebühr. Durch die Abmahnpraxis der letzten Jahre hat insbesondere die Musikindustrie rechtsstaatliche Verfahrensweisen, wie die Stellung von Pro-Forma-Anzeigen, um an die Daten potentieller Nutzerinnen und Nutzer zu kommen und diese anschließend zivilrechtlich verfolgen zu können, missbraucht. Wer Zigtausende, oftmals gleichlautende Abmahnungen samt Unterlassungserklärungen wegen Urheberrechtsverstößen verschickt, handelt



rechtsmissbräuchlich. Ein solches Verhalten gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit der Gerichte, sondern stellt eine massive Kriminalisierung der Nutzerinnen und Nutzer des Netzes dar. Ein Festhalten an technisch überkommenen und rechtsmissbräuchlichen Geschäftsmodellen aber kann nicht Ziel einer zukunftsfähigen Urheberrechtspolitik sein.

Gleiches gilt für die seit geraumer Zeit im Raum stehenden Forderungen nach einem Leistungsschutzrecht für Presse- und Schulbuchverleger. Es soll neue Bezahlschranken für die Nutzung von Verlagsprodukten einführen, da diese durch eine behauptete Gratiskultur nicht mehr angemessen zu veräußern seien. Dem ist zu entgegnen, dass es die Verlage waren, die einseitig auf ein werbefinanziertes Gratisangebot ihrer Produkte setzten, Weiter wird die verlegerische Leistung (Satz, Layout, Vertrieb, etc.) in aller Regel bei der Übernahme von Texten und Bildern im Web nicht mit übernommen, für die Nutzung dieser Inhalte aber sieht das Urheberrecht klare Regelungen vor. Eine pauschale Abgabe auf die gewerbliche Nutzung von Presseerzeugnissen würde darüber hinaus vor allem kleine Betriebe und Soloselbstständige (und damit insbesondere JournalistInnen) treffen.

Neben der Abwehr von Forderungen nach neuen Schutzrechten auf alte oder verfehlte Geschäftsmodelle und der Einführung von realitätsnahen Nutzungsschranken braucht es eine sozialverträgliche Transformation der Beschäftigung innerhalb der Kreativindustrie und eine plausible Antwort, wie Journalisten, Autoren, Musiker, Webdesigner, Spieleentwickler u.v.m. eine gerechte Entlohnung erzielen können. Es gilt, neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke zu entwickeln. Dazu zählt die Prüfung der Vor- und Nachteile einer pauschalen Gebühr zur Nutzung von Immaterialgütern (Kulturflatrate) oder anderer Bezahlmodelle wie Micro Payments. Auch gesetzlich geregelte Mindestvergütungen analog der Freien Berufe, können möglicherweise Kreativen und Beschäftigten in einer digitalen Arbeitswelt, die von Scheinselbstständigkeit und prekären Lebensrealitäten dominiert wird, ein auskömmliches Einkommen bieten.

Ein neues Urheberrecht muss also nicht nur die technischen Realitäten der Werkproduktion in der digitalen Gesellschaft berücksichtigen, sondern diesen technischen Wandel auch als Chance nutzen, die Bedürfnisse von UrheberInnen und NutzerInnen, deren Rollenbilder immer mehr verschwimmen, gemeinsam in den Fokus neuer Regelungen zu nehmen.

## **Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und Verbraucherschutz**

Ein Hauptstreitpunkt auf diesem Feld ist das Verhältnis von Informationsfreiheit auf der einen und Datenschutz auf der anderen Seite. Es geht dabei um die Frage, wie strikt Datenschutz in einer Informationsgesellschaft sein darf, die auf eine möglichst große Masse frei verfügbarer Informationen angewiesen ist.

Online-Netzwerke, Suchmaschinen, Geodatendienste, Online-Shops und andere Inhaltenanbieter sammeln die persönlichen Daten von Millionen Menschen weltweit und verknüpfen diese. Immer vielfältigere Datenprofile von Nutzerinnen und Nutzern entstehen und werden von privatwirtschaftlichen Unternehmen abgerufen. Dem Vorteile frei zugänglicher Information und sozialer Interaktion steht die Ausbeutung privater Daten gegenüber. Entsprechend bedarf es einer Weiterentwicklung des Rechts auf freie Entfaltung und informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen. Das Recht auf eine unversehrte



Privatsphäre und einen kontextuellen Datenschutz muss auch in Online-Netzwerken wie im gesamten Internet bestehen.

Dies gilt sowohl für privatwirtschaftlich motivierte Datensammlungen als auch für staatliche Maßnahmen, wie etwa Vorratsdatenspeicherung oder Netzsperrern. Rechtsverstöße gehören geahndet, eine Vorverurteilung der BürgerInnen und präventive Überwachungsmaßnahmen werden aber durch technologischen Fortschritt nicht richtiger und müssen entschieden abgelehnt werden.

Zu den Mitteln, die den Datenhunger der Konzerne zügeln können und den NutzerInnen mehr Kontrolle über ihre gespeicherten Daten erlauben, zählt ein „Datenschutzbrief“, der Kundinnen und Kunden über bei Unternehmen und Behörden gespeicherte Daten informiert, ebenso wie die Stärkung von Widerspruchsrechten und Löschansprüchen. Dazu zählt zusätzlich auch ein Recht auf Anonymität im Internet, dass die Grundlage für die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Identitätsmanagement bietet. Allen Nutzerinnen und Nutzern muss es selbst überlassen sein, wie viele und welche persönlichen Daten und Identitäten sie in der digitalen Welt verwenden und preisgeben möchten. Dies schließt die Verwendung von Pseudonymen ausdrücklich ein.

Ein pauschales weniger an Datenschutz zugunsten von unreflektierten Anforderungen der Informationsgesellschaft mit ihren verschiedensten öffentlichen, privaten und privatwirtschaftlichen Akteuren und deren Interessen darf es nicht geben. Nur wer sich darüber bewusst sein kann, welche seiner persönlichen Daten von wem und zu welchem Zweck erhoben und verarbeitet werden, kann selbstbestimmt an den Möglichkeiten einer digitalisierten Gesellschaft teilhaben.

Nutzungs- und Lizenzbestimmungen für Computerprogramme und –anwendungen dürfen Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber der Nutzung von herkömmlichen, analogen Produkten nicht unangemessen benachteiligen; insbesondere sind das Anlegen von Sicherungskopien, Vermietung und Verleih sowie die Möglichkeit zur Weiterveräußerung ausdrücklich sicherzustellen. Technische Schutzmaßnahmen wie der Einsatz von Technologien des Digitalen-Rechte-Managements (DRM) dürfen die Möglichkeit zur Privatkopie und uneingeschränkte Nutzungsbedingungen durch Verfallsdaten nicht unterlaufen. Rechtsunsicherheiten durch den Ausschluss von Haftungs- und Gewährleistungsansprüchen sowie durch sogenannte „salvatorische Klauseln“, mit denen unwirksame oder undurchführbare Vertrags- und Nutzungsbedingungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden, sind zu unterbinden. Allgemeine Geschäftsbedingungen müssen verständlich, widerspruchsfrei sowie – im Falle von internationalen Anbietern – inhaltlich und sprachlich an das deutsche Recht angepasst formuliert sein, so dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten weder überfordert noch übervorteilt werden.

Auch im digitalen Verbraucherschutz müssen Aufklärung und Verbraucherbildung Schwerpunkte linker Politik bleiben. Dies umfasst nicht nur die Pflichten, sondern insbesondere die Rechte von Nutzerinnen und Nutzern. Durch Kriminalisierungskampagnen wird indes das Gegenteil erreicht, da kaum einer mehr unterscheiden kann, was erlaubt und was verboten ist.

## Medienkompetenz

In einer digitalen Gesellschaft ist die Fähigkeit am Informationsaustausch teilzuhaben, noch grundlegender vonnöten als zuvor. Informationen zu beschaffen, zu verarbeiten und zu verbreiten, bedeutet, mit digitalen Medien umfassend umgehen zu können. Der schnelle Wandel der zugrundeliegenden Technik, immer neue Bedien- und Nutzungsoptionen erfordern dabei ein lebenslanges Lernen über und mit Medien. Das Internet wächst mit immer neuen Diensten und Inhalten enorm, greift in gewachsene Strukturen ein, stellt unser Rechtssystem vor neue Probleme und prägt längst auch die private Kommunikation. Digitale Medien verlangen von jedem Einzelnen stetig wachsende und sich ändernde Kompetenzen, deren Vermittlung staatlicher Bildungsauftrag ist. Medienkompetenz darf nicht ausschließlich vom Elternhaus oder materieller Ausstattung abhängig sein.

Auch in Deutschland wird die Problematik zunehmend erkannt. Dennoch fehlt es weiterhin an einem umfassenden Konzept zur Förderung von Medienkompetenz. Bund und Länder befördern fröhlich Einzel- und Pilotprojekte, deren mögliche Zusammenhänge aber auch inhaltliche Redundanz aufgrund fehlender Koordinierung kaum entdeckt werden können. Eine systematische Vermittlung von Medienkompetenz in Kindergärten, Horten und Schulen findet nicht statt. Von der von der EU-Kommission empfohlenen Aufnahme der Medienerziehung in die schulischen Pflichtlehrpläne ist Deutschland weit entfernt. Denn das kostete Geld, erheblich mehr Geld als bislang zur Verfügung steht. Auch deshalb ist es kein Wunder, dass sich Teile der Politik, statt Aufklärung zu befördern, immer wieder unter das Regiment des Jugendmedienschutzes stellen.

Zu welchen Widersprüchen das führt, mag das Beispiel der Games-Industrie verdeutlichen. Sie hat sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Die Computer- und Videospielbranche bildet das am stärksten wachsende Segment der Medienwirtschaft in Deutschland. Sie macht heute mehr Umsatz als die Filmindustrie an den Kinokassen. Diese Umsatzzahlen allerdings erreicht sie in erheblichem Maße durch Entwicklung und Verkauf gewalthaltiger Spiele. Man muss solche Spiele nicht mögen, um zu begreifen, dass es sich bei dieser Art von Unterhaltung durch Spiel längst um eine massenmediale Erscheinung der Populär- und Alltagskultur handelt und Forderungen nach dem Verbot sogenannter „Killerspiele“ in die Irre führen. Im Falle von Online-Spielen, dem momentanen Expansionspfad der Games-Industrie, würde die Durchsetzung solcher Verbote zudem unweigerlich zu Internetsperren führen – mit der Folge, dass die universelle Netzinfrastruktur zu einer Kontrollinfrastruktur umgebaut würde.

Tatsächlich ist die Liste potentiell zu löschender Inhalte aus Sicht eines repressiven Jugendmedienschutzes lang: Neben den erwähnten Online-Games kommen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – Hass- und Gewaltverherrlichung, Pornographie sowie Gangsta- und Porno-Rap, Nazipropaganda und Holocaust-Leugnung, religiöser Extremismus und Fanatismus, entwürdigende Darstellungen und Cyber-Mobbing in Frage. All das ist im Netz auffindbar, wenngleich nicht in einem Ausmaße, in dem es die oft anzutreffende mediale Skandalisierung zu beschreiben sucht. Jugendmedienschutz als Verbotspädagogik neigt dazu, die negativen Aspekte in der Mediennutzung Heranwachsender zu überzeichnen und das Internet als einen Tummelplatz der Unmoral, einem Hort der Perversion und des beständigen Tabubruchs darzustellen. Der vermeintlich ethische Grundkonsens einer Gesellschaft, auf den sich ein repressiver Jugendmedienschutz zu berufen trachtet, ist eben auch immer interessen geleitete Auslegung.

Zur Umsetzung eines umfassenderen Konzepts von Medienkompetenz ist zuallererst die Infrastruktur und das Know-how in allen Bildungseinrichtungen bereitzustellen. Weiter muss Medienkompetenzförderung in allen Bildungsbereichen verankert werden. Die Förderung muss bereits in Horten und Kindertagesstätten beginnen und sollte über schulische, akademische und berufliche Bildung bis hin zu Fortbildung insbesondere von Entscheidungsträgern gehen. Auf diese Weise wäre Medienkompetenz gewissermaßen vorausschauender Jugendmedienschutz und machte den prohibitiven Jugendmedienschutz endgültig überflüssig. Das allerdings bedeutet eine gesamtgesellschaftliche Bildungsaufgabe, nicht eine aus Gründen von Markt und Wettbewerb.

Auch ist die Vermittlung von Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft nur möglich, wenn das Internet als öffentliche Daseinsvorsorge einen besonderen Stellenwert einnimmt. Zugang zu und damit kompetenter Umgang mit digitalen Medien ist allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage zu ermöglichen. Eine entsprechende Ausstattung in allen öffentlichen Einrichtungen, auch denen die nicht primär Bildungsaufgaben wahrnehmen, muss selbstverständlich sein.